

Alle Ergebnisse aus der Pfullinger Bürgerbeteiligung

Büro Reschl stellt alle Ergebnisse aus der Pfullinger Bürgerbeteiligung vor. Kritik an der Art der Präsentation

Von Petra Schöbel, 19.12.2018 11:00



Nach der Präsentation der Ergebnisse aus der Bürgerbeteiligung war dem Publikum nicht alles auf Anhieb klar. Urs Ruth (mit Mikrofon) hakte nach. FOTO: SCHÖBEL

PFULLINGEN. Die Pfullinger Bürger sollen auch in Zukunft an der Entwicklung von Projekten für die Stadt mitwirken können. Bürgermeister Michael Schrenk gab am Montagabend ein »klares Bekenntnis« zur Fortsetzung der Bürgerbeteiligung über den ISEK-Prozess hinaus. Das Planungsbüro Reschl, das den »Integrierten Stadtentwicklungsprozess Pfullingen 2035« (ISEK) betreut und moderiert, wird in den kommenden Monaten einen Leitfaden für die Bürgerbeteiligung erarbeiten. Der Gemeinderat wird in seiner Klausurtagung im Februar darüber ebenso diskutieren und entscheiden wie über den Entwurf für ein Stadtentwicklungskonzept, der gleichzeitig von den Reschl-Mitarbeitern vorbereitet wird.

»Der Haushalt 2019 wartet noch auf ISEK«

Eine Fülle von Ergebnissen aus der Bürgerbeteiligung am ISEK-Prozess stellten Philipp König und Adrian Schwake vom Büro Reschl in der Mensa der Wilhelm-Hauff-Realschule vor. Die Vorschläge und Projektideen stammten aus der Bürgerbefragung vom Herbst 2017, aus den Arbeitsgruppen der Zukunftswerkstatt, vom Online-Portal zu Bürgerbeteiligung sowie aus den Fokus- und Expertengesprächen, die mit Jugendlichen, Vertretern aus dem Sozialbereich, von Gewerbe, Banken und Bauwirtschaft geführt worden waren.

Bürgerbeteiligung: Erstes greifbares Ergebnis

Die erneute Ergebnis-Präsentation kam auf Anregung aus dem Gemeinderat zustande, erläuterte der Bürgermeister zu Beginn, sozusagen als Alternative zu dem von den Sprechern der Arbeitsgruppen geforderten vertiefenden Gespräch mit dem Gremium. »Wir wollen alle, die Vorschläge eingebracht haben, gleichbehandeln«, erklärte Schrenk. Ein zusätzliches Gespräch mit den Arbeitsgruppen hätte alle Pfullinger, die ihre Ideen online eingebracht haben, benachteiligt.

Mit der »Übergabe der Ergebnisse an den Gemeinderat« ende nun die Dialogphase des ISEK-Prozesses und die Konzeptionsphase beginne, machte Schrenk deutlich. Das Büro Reschl wird jetzt

das Handlungsprogramm für die Stadtentwicklung mit Grundprinzipien, strategischen Zielen und Projekten erarbeiten. Im Februar wird der Gemeinderat in einer Klausurtagung darüber beraten, Prioritäten für die Umsetzung von Projekten festlegen und die Finanzierung planen. »Der Haushalt 2019 wartet noch auf die ISEK«, betonte der Bürgermeister, zwar sei jetzt ein »Basishaushalt« verabschiedet, damit die Stadt handlungsfähig bleiben könne. Doch sollen in den bereits angekündigten Nachtragshaushalt einige dringliche Projekte aufgenommen werden.

König und Schwake präsentierten dann in einer »Gesamtschau« die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung. Quer durch alle Beteiligungsforen spielte zum Beispiel das Thema flächensparende und nachhaltige Siedlungspolitik eine Rolle. Schwerpunkte wurden dabei auf die Innenentwicklung, die Nachverdichtung in Wohngebieten, eine aktive Grundstückspolitik der Stadt, bezahlbare Wohnformen und alternative Wohnkonzepte gesetzt. Zugleich gab es ein Plädoyer für den Erhalt von Grünflächen.

Für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes halten die Bürger den Ausbau der Wirtschaftsförderung für wichtig, wollen vorhandene Gewerbeflächen besser ausgenutzt sehen und setzen sich für die »Bestandspflege« von klein- und mittelständischen Unternehmen ebenso ein wie für die Unterstützung von Start-ups. In der Vorschlagsliste stehen zudem Themen wie die regelmäßige Sanierung von öffentlichen Gebäuden – vor allem Schulen und Sporthallen – ebenso ganz oben an wie das Ziel, Treffpunkte zu schaffen und Spielplätze neu anzulegen oder auszubauen. Das gute Vereinsangebot zu erhalten und zu fördern ist vielen wichtig, die Kulturkonzeption der Stadt mit dem Kulturhaus Klosterkirche fortzuschreiben wird als wesentlicher Bestandteil davon angesehen. Auch die Verstetigung der Bürgerbeteiligung bei Planungs- und Umsetzungsprozessen wurde mehrfach gewünscht, ein Anliegen, das die Stadt jetzt aufgreift.

»Manche Punkte basieren lediglich auf fixen Einzelideen«

Einen »Masterplan Verkehr«, in dem Fußgänger, Rad- und Autofahrer, der ÖPNV und »alternative Verkehrsformen« gleichberechtigt berücksichtigt werden, halten Pfullinger Bürger für sinnvoll. Eine baldige Entscheidung zur Regionalstadtbahn, bessere Taktung und Tarifgestaltung im Busverkehr, der Ausbau der Radwege, fußgängerfreundliche Ampelschaltungen und Barrierefreiheit sind weitere Ergebnisse aus dem Beteiligungsprozess. Das touristische Angebot könnte aus Sicht der Bürger mit mehr »Erlebnischarakter« an den Wegen entlang der Bachläufe gestärkt werden, ebenso mit der Betonung der städtischen Alleinstellungsmerkmale wie etwa die Mühlen, Museen und historischen Gebäude. Für die städtebauliche Entwicklung wird die Aufwertung des öffentlichen Raums als bedeutsam angesehen, dazu zählen vor allem Markt- und Lindenplatz, aber auch die innerstädtischen Grünflächen.

Eine Diskussion gab es anschließend nicht über diese Ergebnisse. Einige Nachfragen aus dem Publikum wurden von Schwake und König beantwortet.

Urs Ruth, der als Sprecher der Arbeitsgruppen in der Zukunftswerkstatt fungierte, lobt in einer Stellungnahme »den Mut der Verantwortlichen« und betont: »Es ist erfreulich, mit welcher Offenheit sich der Bürgermeister zu einer Verstetigung der Bürgerbeteiligung geäußert hat – auch im Namen des Gemeinderats.« Allerdings sei unklar geblieben, wie die Bürgerschaft künftig eingebunden werden soll. Zudem sei für die künftige Bürgerbeteiligung noch kein Gestaltungsspielraum zu erkennen, da sie ja erst nach der Verabschiedung des Stadtentwicklungskonzeptes fortgesetzt werden soll.

An der Präsentation bemängelt Ruth, dass nicht ausreichend unterschieden wurde zwischen Ergebnissen, die »in stundenlangen wertstiftenden Diskussionen« entstanden seien, und jenen aus Gesprächen und aus dem Online-Portal: »Manche Punkte basierten lediglich auf fixen Einzelideen.« Eine echte Diskussion der beteiligten Bürger mit den Entscheidern wäre aus Ruths Sicht in künftigen Prozessen sinnvoll, »weil sich erst dann zeigt, ob der Punkt auch so verstanden worden ist, wie er gemeint war«. (GEA)